

Prävention im Mittelpunkt.

Maßnahmen für einen gesamtgesellschaftlichen Kulturwandel

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, das Deutsche Krebsforschungszentrum, die Deutsche Krebshilfe und der Wissenschaftsrat sprechen sich gemeinsam für eine systemische Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung aus. Trotz breiter wissenschaftlicher Evidenz wird das Potenzial präventiver Maßnahmen bislang nur begrenzt ausgeschöpft. Es bedarf einer kohärenten, ressortübergreifenden Strategie, die Gesundheit als gesamtgesellschaftliches Gut versteht. Gezielte Präventionsmaßnahmen sind Investitionen in gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, neue Wertschöpfungspotenziale und die langfristige Stabilität des Gesundheitssystems.

1. Prävention als ressort- und politikfeldübergreifende Aufgabe verankern

Um mit Präventionsmaßnahmen einen signifikanten Effekt auf die Gesundheit der gesamten Bevölkerung zu erzielen, ist es entscheidend, dass Krankheitsprävention als Aufgabe in sämtliche Politikfelder einbezogen und auf Bundes-, Landes- wie auch kommunaler Ebene verbindlich koordiniert wird (Health in/for All Policies-Ansatz).¹ Auf diese Weise sollen gesundheitsbezogene Zielgrößen ressortübergreifend verankert und in politischen Entscheidungsprozessen systematisch berücksichtigt werden.

Eine solche Ausrichtung schließt ein, dass zwischen Gesundheit und anderen Grundwerten abgewogen wird und entsprechende Maßnahmen in parlamentarischen Prozessen ausgehandelt werden. Ein „Health in/for All Policies“-Ansatz kann so bedeutende positive Wirkungen und Co-Benefits in vielen Gesellschaftsbereichen entfalten, von denen breiteste Bevölkerungsgruppen profitieren können: Sie trägt nicht nur dazu bei, die gesundheitliche Chancengerechtigkeit zu fördern, sondern kann auch Fachkräftesicherung und Produktivität stärken, vermeidbare krankheitsbedingte Folgekosten senken und einen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Wohlstandsentwicklung leisten.

2. Wirksame Prävention braucht interdisziplinäre Kooperation, starke Vernetzung und klare Koordinierungsstrukturen in der Forschung

Präventionsforschung reicht von biomedizinischer, gesundheitswissenschaftlicher, psychologischer und gesundheitsökonomischer bis hin zu sozial- und verhaltenswissenschaftlicher Grundlagenforschung. Sie sollte stärker interdisziplinär ausgerichtet und mit Praxis, Politik und Gesundheitskommunikation vernetzt werden. Die präventionsbezogene Implementationsforschung sollte gezielt gefördert und deren Ergebnisse systematisch genutzt werden. Hierfür ist die Zusammenarbeit von Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, forschenden

¹ Der „Health in All Policies“-Ansatz versteht Gesundheit als Thema und Aufgabe aller Politikbereiche; „Health for All Policies“ akzentuiert in der Weiterentwicklung, dass Gesundheit eine verbindliche Zielgröße für politisches Handeln in allen Politikbereichen sein sollte.

Institutionen, Ressortforschung, Ländern und Öffentlichem Gesundheitsdienst von besonderer Bedeutung. Dabei kommt der systematischen Nutzung, Vernetzung und Standardisierung von Gesundheits- und sozioökonomischen Daten eine zentrale Rolle zu, da sie die Grundlage für ein kontinuierliches Monitoring, die Evaluation von Maßnahmen sowie die evidenzbasierte Weiterentwicklung von Präventionsstrategien bilden. Präzisionsprävention, die z.B. molekulare und datengetriebene Ansätze umfasst, kann künftig dazu beitragen, individuelle Krankheitsrisiken früher zu erkennen und Präventionsmaßnahmen gezielter auszurichten. Dafür braucht es neben interdisziplinärer Forschung und sicheren Dateninfrastrukturen auch ethische Leitlinien und regulatorische Rahmenbedingungen.

3. Verhältnisprävention in allen Lebenswelten umsetzen

Wirksame Verhältnisprävention soll gesundheitsförderliche Entscheidungen erleichtern („Make the healthy choice the easy choice“) und insbesondere Kinder und Jugendliche vor krankheitsfördernden Einflüssen schützen. Wissenschaftlich basierte regulatorische und fiskalische Maßnahmen zur Eindämmung zentraler Risikofaktoren wie Tabak, Alkohol und stark zuckerhaltige Lebensmittel können auf Grundlage einer Kosten-Nutzen-Abwägung ebenso in Betracht gezogen werden wie steuerliche Anreize für gesunde Produkte und Werbebeschränkungen. Dabei sollte die Wirksamkeit der Maßnahmen kontinuierlich überprüft werden. Insbesondere in den Bereichen frühkindliche Bildung, Schule und Berufsleben sollten gesundheitsförderliche Strukturen gestärkt werden, beispielsweise durch verbindliche Qualitätsstandards für gesunde Gemeinschaftsverpflegung und bewegungsförderliche Umgebungen.

4. Bildung und Gesundheitskompetenz sind Hebel der Verhaltensprävention

Neben der Verhältnisprävention ist die Stärkung des individuellen Gesundheitsverhaltens entscheidend: Kitas, Schulen, Ausbildung und Angebote des lebenslangen Lernens sollten systematisch genutzt werden, um Gesundheitswissen zu vermitteln und präventives Handeln zu fördern. Präventions- und Früherkennungsangebote sowie die begleitende Kommunikation sollten niedrigschwellig, kultur- und verhaltenssensibel und lebensweltbezogen auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet werden. Digitale Formate können Reichweite, Zugänglichkeit und Wirksamkeit solcher Angebote erhöhen. Zusätzlich sollten gesundheitsbezogene Inhalte stärker in Curricula und Ausbildungsordnungen verschiedener Berufsgruppen berücksichtigt werden. Ergänzend sollten evidenzbasierte Programme, wie z.B. zur Verhaltensänderung bei Adipositas oder niedrigschwellige Angebote zur Tabakentwöhnung, lebensverlaufs- und zielgruppenorientiert gestaltet werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei vulnerablen Bevölkerungsgruppen gelten.

**Prävention in den Mittelpunkt:
Gesamtgesellschaftlicher Kulturwandel erforderlich**

Politik und Gesellschaft haben die Bedeutung von Prävention erkannt — entscheidend ist nun, sie wirksam und nachhaltig zu verankern, damit aus einem „Health in All Policies“-Ansatz ein „Health for All Policies“-Ansatz entstehen kann. Dessen erfolgreiche Umsetzung hat einen gesamtgesellschaftlichen Kulturwandel zur Voraussetzung, der Verhältnis- und Verhaltensprävention konsequent zusammendenkt. Hierfür braucht es politischen Gestaltungswillen und die Bereitschaft der Gesellschaft, daran mitzuwirken.